



Wie können wir unseren Planeten retten? Neben den Protesten von sozialen Bewegungen – wie hier beim Klimagipfel in Kopenhagen – braucht es dafür langfristige Strategien. Foto: Jakob Huber

Nachdenken über das große Ganze

Soziale Bewegungen und die große Transformation



Matthias Fiedler
Geschäftsführer der
Bewegungsstiftung

„Wir haben viele Siege errungen, aber wir verlieren den Planeten. Es ist wichtig zu fragen, warum“, sagt der us-amerikanische Umweltaktivist Gustave Speth. Betrachtet man nüchtern die sozialen, finanzpolitischen und ökologischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, ist dies in der Tat eine Frage, der wir uns stellen müssen. Denn trotz einiger Erfolge verschärfen sich die Probleme. Soziale Bewegungen reagieren darauf mit Protesten und Kampagnen und werden von der Bewegungsstiftung unterstützt. Doch braucht es neben den wichtigen politischen Einzelkämpfen nicht auch den Blick aufs große Ganze? Wie wollen wir leben? Welche Werte sind uns wichtig? Wie können wir ein sozial gerechtes und ökologisch tragbares Zusammenleben auf unserem Planeten organisieren? In Debatten um Nachhaltigkeit und Wachstum werden diese

Fragen unter dem Begriff der „großen Transformation“ verhandelt. Gemeint ist damit die Herausforderung, einen nachhaltigen weltweiten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten. Dieser Umbau wird sich ohne Wertedebatte nicht meistern lassen. Das zeigt das Beispiel Ressourcenverbrauch: Wer allein auf „grünen“ Konsum setzt und nicht nach Alternativen jenseits des Wachstums sucht, wird die Probleme der Zukunft nicht lösen können. Oder das Beispiel Energiewende: Wer dabei ausschließlich nationalstaatlich (Standort Deutschland sichern, Jobs) oder gewinnorientiert („Das rechnet sich“) argumentiert, macht sich die Werte der Gegenseite zu eigen, die einer gerechten und nachhaltigen Zukunft im Wege stehen.

Die Bewegungsstiftung stellt sich diesen Herausforderungen. Sie schafft Räume für eine Debatte, die nach langfristigen Strategien für Bewegungen fragt. Um allerdings unsere Ziele zu erreichen, haben wir oft Etappenziele im Blick, nutzen aktuelle Aktionsräume, die zwar zu Erfolgen führen, aber uns manchmal langfristige Ziele aus den Augen verlieren lassen. Es muss immer auch darum gehen, die Werte, die

uns zu unserem Engagement bewegen, offensiv zu vertreten und in unsere Strategien einfließen zu lassen. Es lohnt sich, das komplexe Gedankengebäude, das hinter dem Ansatz der „großen Transformation“ steht, genauer zu betrachten. Wichtig finde ich, dass es sich dabei nicht um abstrakte Gedankenspiele handelt, sondern dass über konkrete politische Hebel nachgedacht wird. Dazu gehören eine Vernetzung des Denkens, die Entwicklung neuer Visionen für die Zukunft, das Schaffen einer globalen zivilgesellschaftlichen Bewegung, das Nachdenken über neue Modelle des Zusammenlebens und die Einbeziehung von UnterstützerInnen und Förderern.

Für Menschen in und um die Bewegungsstiftung sind diese Gedanken nicht neu. Sie gehören zu den Grundsätzen der Stiftung. Ein Gründungstifter hat 2002 betont, dass es die Vision der Stiftung ist, „zivilgesellschaftliches Engagement voranzubringen und den Aktionen von sozialen Bewegungen Stabilität zu verleihen“. Das haben wir bisher nicht nur mit Geld getan, sondern auch mit unserer Vernetzungsarbeit. Bei Förderentscheidungen haben wir immer im Blick, wieweit Projekte an tatsächlichem politischen Wandel arbeiten. In diesem Zusammenhang setzt die 2009 gegründete „Smart CSO Initiative“ wichtige Impulse, vor allem in der Frage, warum – trotz aller beachtlichen Einzelerfolge – zivilgesellschaftliche Akteure hinsichtlich der erforderlichen Transformation so wenig erfolgreich sind. Die Frage, ob und wie wir als Stiftung solche Impulse in unsere Arbeit aufnehmen können, würde ich gerne weiter verfolgen – unter anderem bei der nächsten Strategiewerkstatt der Stiftung im März 2013.

Mehr Infos unter: www.smart-csos.org

Termine 2013

Info-Abende für Stiftungsinteressierte

- 05. Februar in Hamburg
- 19. Februar in Hannover
- 05. März in Leipzig
- 19. März in Berlin

Strategiewerkstatt

- 1.-3. März in Berlin

Antragsschluss Bewegungsstiftung und Stiftung bridge

- 2. April

Kampagnenanträge auf dem Prüfstand

Die Gremien der Stiftung vorgestellt – Teil 2: wie die AG Antragsbewertung arbeitet



Dicke Stapel Papier müssen von den Mitgliedern der AG Antragsbewertung durchgearbeitet werden. Am Ende gibt die Gruppe eine Empfehlung an den Beirat und den Stiftungsrat weiter, welche Anträge gefördert werden sollten.

Foto: Astrid Labbert

Zweimal im Jahr fällt die Entscheidung, welche neuen Projekte und Kampagnen von der Bewegungstiftung gefördert werden. Den Beschluss darüber trifft der Stiftungsrat, doch zuvor werden die Anträge von anderen Gremien diskutiert. Eines dieser Gremien ist die Arbeitsgruppe (AG) Antragsbewertung.

20. September, Kassel: Die Arbeitsgruppe kommt in der Mitte Deutschlands zusammen, um die Förderanträge, die in der Herbstrunde eingereicht wurden, zu diskutieren. Fünfeinhalb Stunden sind dafür anberaumt, acht AG-Mitglieder sind für dieses Treffen aus allen Himmelsrichtungen angereist – und 25 Anträge stehen zur Debatte und anschließenden Abstimmung.

Was nach einem wagemutigen Programm klingt, ist erprobt: Die VertreterInnen aus dem Beirat der StifterInnen und von den geförderten Projekten haben die Unterlagen bereits im Vorfeld gelesen, ErstprüferInnen diese

schon in einem ersten Durchlauf auf formale Kriterien abgeklopft. Beim gemeinsamen Treffen heißt es dann: Bahn frei für die inhaltliche Diskussion. Was liegen die Stärken und Schwächen der Kampagnen?

Die AG entscheidet zwar nicht über die Anträge, steuert aber eine wertvolle Erstbewertung bei, die anschließend erst an den Beirat der StifterInnen, dann an den Stiftungsrat geht, der einen Monat später die letztendliche Auswahl trifft. „Auf jedem Schritt des Wegs passieren gute Sachen“, beschreibt Barbara Hauck, die als Stifterin in die „AG Antrag“ gewählt wurde, das Prozedere: „Jeder bringt

seine Erfahrungen mit. Unterschiedliche Perspektiven kommen so zusammen.“ Barbara Hauck ist seit 2010 dabei und außerdem eine der ErstprüferInnen. Sie schaut also bereits im Vorfeld, ob die eingereichten Anträge den formalen Kriterien entsprechen. Denn immer wieder, so die Erfahrung der AG, scheiden Anträge aus dem Verfahren aus, weil die Aktion keinen Kampagnencharakter hat. Dies trifft beispielsweise bei Einzelaktionen oder Infoveranstaltungen zu. So wichtig das Thema oft ist – das Kernkriterium der Förderung, langfristig wirkende, strategisch angelegte Kampagnen zu unterstützen, ist hier nicht erfüllt. Um dies immer wieder abzugleichen, wird jeder Antrag zwei ErstprüferInnen vorgelegt. Ergibt deren Bewertung kein eindeutiges Bild, wird der Antrag gemeinsam in der Arbeitsgruppe diskutiert.

Elementar ist, dass die geförderten Projekte in der AG Antrag vertreten sind – an diesem Septembertag in Kassel sind es drei Projekt-



Als Vertreterin der StifterInnen in der AG Antrag: Barbara Hauck. Foto: Kai Horstmann

vertreter. Einer von ihnen ist Fritz Mielert, der im Frühjahr von der Versammlung der geförderten Projekte gewählt worden ist. Nach zwei Förderrunden sagt der Kampagnen-Experte des Online-Netzwerks „Campact“ und Stuttgart-21-Aktivist über die Arbeit der AG: „Es herrscht ein wahnsinniger Pragmatismus, das hatte ich so nicht unbedingt erwartet. Jede

Diskussion wird sehr schnell auf den Punkt gebracht.“ Einen Tag nimmt er sich im Vorfeld Zeit, um die Anträge zu lesen: „Man braucht schon die Ruhe, schließlich steckt auf Seiten der Antragsteller viel Mühe drin.“ Aus seiner politischen Arbeit, die in den neunziger Jahren mit ehrenamtlichem Engagement bei Greenpeace begann, kann Fritz Mielert einiges beisteuern: ob Kampagnenstrategien funktionieren, welche Ziele realistisch sind. „Der Praxisbezug aus einzelnen Bewegungen ist sehr wichtig, sonst verliert man die Bodenhaftung.“ Ist ein AG-Mitglied mit einer Kampagne indes stark verbunden und befangen, ist der Umgang klar geregelt: Die jeweilige Person verlässt für die Dauer der Diskussion den Raum.

Das Treffen in Kassel läuft wie geplant: Der Zeitplan wird eingehalten, am Ende gibt es eine Liste von Empfehlungen, die Beirat und Stiftungsrat bei ihrer Diskussion helfen soll. „Man hat das Gefühl, etwas beigetragen zu haben und den anderen das Leben etwas leichter gemacht zu haben“, sagt Barbara Hauck. Für sie ist die AG auch ein Stück Qualitätssicherung. Dass sie sich für die Gremienarbeit interessierte und zur Wahl stellte, als ein StifterInnenplatz in der AG frei wurde, hatte folgenden Grund: „Ich wollte mich grundsätz-



Als Projektvertreter in der AG Antrag: Fritz Mielert. Foto: Petra Weiberg

lich stärker in die Stiftung einbringen, weil mir gut gefällt, wie dort gearbeitet wird: sorgfältig und demokratisch.“ Ebenso wie Fritz Mielert erlebt sie die Diskussion mit den weiteren AG-Mitgliedern als bereichernd: „Die Anträge zu lesen, ist sehr spannend. Man wird auf Dinge aufmerksam, die man vorher nicht so wahrgenommen hat.“

Wie wir fördern

Die Bewegungstiftung und die Stiftung bridge unterstützen soziale Bewegungen mit Geld, Beratung und Vernetzungsangeboten. Dabei haben wir zwei Instrumente, mit denen wir Kampagnen und Organisationen fördern.

Kampagnenförderung

Unter einer Kampagne verstehen wir mehr als eine einzelne Demonstration oder eine Pressekonferenz. Einer Kampagne liegt die Analyse der politischen Situation zu Grunde. Sie hat klar definierte Ziele und verfolgt eine Strategie, um diese Ziele zu erreichen. Öffentliche Aktionen und Proteste sind zentrale Bestandteile von Bewegungskampagnen. Um eine Kampagnenförderung können sich alle interessierten Projekte bewerben. Pro Förderrunde vergeben wir in der Regel drei bis fünf Kampagnenförderungen. Die Fördersummen bewegen sich zwischen 3.000 und 15.000 Euro, in Ausnahmefällen auch mehr. Wir unterstützen die Kampagnen aber nicht nur mit Geld, sondern auch mit Beratung und Vernetzungsangeboten.

Basisförderung

Für eine Basisförderung können sich nur Organisationen bewerben, mit denen wir bereits vertrauensvoll zusammengearbeitet haben. Im Gegensatz zur Kampagnenförderung geht es bei der Basisförderung nicht um eine klar abgegrenzte Anzahl von Aktivitäten, sondern darum, ein mittelfristiges politisches oder organisatorisches Ziel zu erreichen – zum Beispiel die Verbesserung von Sozialstandards in der Textilindustrie in einer mehrjährigen Kampagne oder der Aufbau eines Fundraisingbereichs in einer geförderten Organisation. Die Basisförderung vergeben wir meist für drei bis fünf Jahre. Die Fördersummen bewegen sich bisher zwischen 16.000 und 90.000 Euro. Auch hier fördern wir nicht nur mit Geld, sondern auch mit intensiver Beratung und Begleitung.



Unter anderem mit Veranstaltungen wie unserer Bewegungstagung 2011 in Frankfurt unterstützen wir die Vernetzung und den Austausch von Förderprojekten. Foto: Kai Löffelbein

Auf der nachfolgenden Seite stellen wir unsere neuen Förderprojekte vor.

Unsere neuen Förderprojekte



Zwei von vier neuen Förderungen: Der Berliner Energietisch sammelt Unterschriften für einen Volksentscheid über das Berliner Stromnetz. Die Kampagne ExChains kämpft für die Rechte von TextilarbeiterInnen.

Foto: Berliner Energietisch, ExChains

Kampagnenförderung

Pinkstinks

Pinkstinks kämpft gegen die rosa Glitzerwelt in den Kinderzimmern und Werbekampagnen, die Mädchen eine limitierende Rolle zuschreiben. Darüber hinaus richtet sich Pinkstinks gegen vermeintlich ironisch gemeinte sexistische Werbekampagnen, die auch von Kindern konsumiert werden. Mit einer Petition will die Gruppe Druck auf den Deutschen Werberat machen, damit dieser mehr Rügen gegen die Branche ausspricht und dadurch Kinder besser vor stereotypen Rollenbildern schützt.

Förderung: 7.000 Euro
www.pinkstinks.de

Berliner Energietisch

Das Bündnis Berliner Energietisch engagiert sich dafür, dass das Stromnetz in Berlin wieder in öffentliche Hand übergeht und ökologische und demokratisch kontrollierte Stadtwerke

gegründet werden. Da sich die CDU in der Berliner Regierungskoalition dagegen sperrt, hat der Energietisch ein Volksgesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt, damit die BerlinerInnen selbst über die Energieversorgung in ihrer Stadt abstimmen können. Damit der Volksentscheid 2013 stattfinden kann, will das Bündnis 200.000 Unterschriften sammeln.

Förderung: 15.000 Euro
www.berliner-energietisch.net

ExChains

Unter miserablen Arbeitsbedingungen produzieren TextilarbeiterInnen in Südostasien Kleidung für den hiesigen Einzelhandel. Die großen Handelskonzerne könnten etwas daran ändern, wenn sie höhere Stückpreise zahlen und auf ihre Zulieferer einwirken würden. Um die Konzerne zum Handeln zu bewegen, will die Kampagne ExChains Proteste und Aktionen von Beschäftigten und Betriebsräten des hiesigen Einzelhandels organisieren. Damit soll erreicht werden, dass die Konzerne die

Listen ihrer Zulieferer offen legen und diese dazu verpflichtet, Brandschutzbestimmungen einzuhalten, Gewerkschaften zuzulassen und höhere Löhne zu zahlen.

Förderung: 12.000 Euro
www.exchains.verdi.de

Gegenstrom 13

Klimaschädlich und völlig unwirtschaftlich – kaum ein Kraftwerk steht seit seiner Planung so in der Kritik wie das Hamburger Kohlekraftwerk Moorburg. Nun will die Kampagne Gegenstrom 13 auf einen weiteren Skandal hinweisen: Das Kraftwerk Moorburg soll vor allem mit Kohle aus Kolumbien befeuert werden, deren Abbau massive Vertreibungen und Umweltzerstörung verursacht. Dagegen, sowie gegen das Kohlekraftwerk generell, will das Bündnis im kommenden Jahr mit Aktionen, Veranstaltungen und einer symbolischen Elbblockade pünktlich zum Geburtstag des Hamburger Hafens protestieren.

Förderung: 10.000 Euro

Foto: Roma-Center Göttingen



Basisförderung

Roma-Center Göttingen

Das Roma-Center Göttingen setzt sich für die Rechte von Roma in Deutschland ein. Die Aktiven versuchen Abschiebungen von geduldeten Roma aus dem Kosovo zu verhindern. Sie treten aber auch für mehr Chancengleichheit in der Bildung, eine ausgewogene Darstellung von Roma in den Medien, sowie für die Gleichberechtigung von Roma-Frauen ein. Der Verein will Roma und insbesondere Roma-Frauen, die bisher selten an die Öffentlichkeit treten, dabei unterstützen, ihre Rechte

gegenüber der Politik und Gesellschaft einzufordern. Dazu sollen Regionalstandorte aufgebaut und Kampagnen, Fundraising- und Pressestrategien entwickelt werden. Die Bewegungsstiftung unterstützt diesen Organisationsaufbau mit einer Basisförderung in Höhe von 52.000 Euro verteilt über drei Jahre. 2011 und 2010 hatte die Stiftung bereits die Bleiberechtskampagne des Roma-Centers „alle bleiben!“ mit 13.100 Euro gefördert.

www.roma-center.de

Ausgebeutet und abgeschoben

Straßentheater-Kampagne macht auf die Situation von Zwangsprostituierten aufmerksam



Frauen, die wie Frischfleisch behandelt werden und nach ihrer Befreiung keine Unterstützung erfahren, sind Thema der aktuellen Terre-des-Femmes-Kampagne.

Foto: Terre des Femmes

Bislang behandelt Deutschland ehemalige Zwangsprostituierte aus Nicht-EU-Staaten als illegale Einwanderer. Unser Förderprojekt Terre des Femmes e.V. fordert ein sicheres Aufenthaltsrecht für diese Frauen und hat dazu eine bundesweite Kampagne gestartet.

Zwei Frauen stehen, nur mit Unterwäsche bekleidet und von Kopf bis Fuß in Frischhaltefolie eingewickelt, auf dem Frankfurter Goetheplatz. Gefangen in der Folie, unfähig, sich zu rühren. Ein schwarz gekleideter Mann mit gestylten Haaren preist die Frauen wie Frischfleisch an, fordert die umstehenden Menschen auf, einen Preis zu nennen und heftet ihn dann den Frauen an. Passanten bleiben teils ungläubig lachend, teils erschüttert stehen und beobachten die Szenerie. Die Frauen rufen unterdessen: „München: 156 Freier, Stuttgart: 236 Freier.“ Die Aktion in Frankfurt erregt Aufsehen – so wie in elf weiteren Städten, wo die Kampagne mit ihrem Straßentheater Halt macht. Sie fordert ein sicheres Aufenthalts-

recht für Opfer von Zwangsprostitution. Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes, die die Kampagne initiiert hat, will Passanten dazu animieren, sich mit dem Thema Zwangsprostitution auseinander zu setzen und eine Petition zu unterschreiben.

Die Förderung der Bewegungsstiftung in Höhe von 15.000 Euro hat sowohl die Entwicklung des Stücks, die Reise als auch das Honorar der engagierten SchauspielerInnen ermöglicht. „Wir sammeln Unterschriften, die im März nächsten Jahres an den Innenminister übergeben werden“, erläutert Anna Hellmann vom Kampagnenteam. „Im Frühjahr steht das Thema Menschenhandel erneut auf der Agen-

da des Bundestags.“ Wenn der Bundestag eine EU-Richtlinie berät, die den Opferschutz von Betroffenen von Menschenhandel regelt, „wollen wir, dass unsere Forderungen im dazugehörigen Gesetzesentwurf integriert werden“. Das sind: ein unbefristetes Aufenthaltsrecht für ehemalige Zwangsprostituierte aus Nicht-EU-Staaten (unabhängig von ihrer Bereitschaft, vor Gericht auszusagen) sowie Opferentschädigungen und psycho-soziale Betreuung. Einen befristeten Aufenthaltsstatus erreicht bisher unter Umständen, wer gegen die Peiniger aussagt. Etwa elf Prozent der jährlich geschätzten 10.000 bis 30.000 Opfer von Zwangsprostitution stammen aus Nicht-EU-Ländern. Viele werden, trotz des durchlittenen Martyriums von Gewalt und Demütigung, abgeschoben.

„Abgeschoben in Frankfurt!“, rufen auch die in Folie gefangenen Frauen auf dem Goetheplatz den Zusehenden am Ende zu. Selbst wer sich anfänglich amüsiert hat, wirkt jetzt betroffen. Sicher reagierten nicht alle so, sagt Anna Hellmann, aber die Kampagne habe viel positive Resonanz auf der Straße erfahren: „Die meisten sind erschüttert, wollen mehr Informationen haben und unterschreiben die Petition.“ Rund 200 Unterschriften kommen an diesem Tag zusammen. Auch nach der zweiwöchigen Aktion geht die Kampagne weiter. Wer mitmachen will, kann Protestpostkarten an PolitikerInnen verschicken oder die Online-Petition unterstützen. Außerdem wollen Terre-des-Femmes-Städtegruppen die Straßentheateraktion ehrenamtlich weiterführen. Dass das Straßentheater die Menschen berührt, hat Anna Hellmann vom Kampagnenteam selbst erlebt: „Zwei Mal kamen ehemalige Zwangsprostituierte direkt auf uns zu, um sich zu bedanken. Die eine Frau bezeichnete es als Wink des Schicksals, dass sie uns getroffen hat und zitterte so sehr, dass sie kaum schreiben konnte. Das sind Momente, in denen man weiß, warum man das macht.“

Ilka Schönberger

Bis zum 8. März läuft die Online-Petition.

Unterschreiben Sie hier: www.frauenrechte.de

Ein Interview mit der Kampagnenfachfrau Anna Hellmann finden Sie auf www.bewegungsstiftung.de

Umfairteilen jetzt!

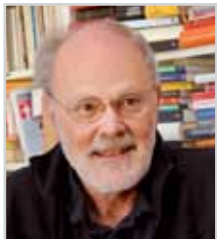
Die Rufe nach mehr sozialer Gerechtigkeit werden lauter – angestoßen wurde die Debatte auch durch unsere Stifterinnen und Stifter



Reichtum besteuern – das fordert das Bündnis Umfairteilen, dem sich auch einige StifterInnen mit der Initiative für eine Vermögensabgabe angeschlossen haben.

Foto: Jakob Huber

Deutschland hat ein Gerechtigkeitsproblem. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Während die Reichen immer reicher werden, schrumpft das Vermögen des Staates. Diese Erkenntnis ist nicht neu, doch sie scheint endlich ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt.



Beitrag von

Dieter Lehmkühl

Stifter und Mitinitiator
des Appells für eine
Vermögensabgabe

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat intensive Diskussionen über soziale Gerechtigkeit angestoßen. 40.000 Menschen folgten Ende September dem Aufruf des Bündnisses Umfairteilen und gingen für eine höhere Besteuerung von Vermögen auf die Straße. Die Zeit dafür ist mehr als überfällig. Laut einem OECD-Bericht von 2011 hat die Zahl der Millionäre in Deutschland in den letzten zwölf Jahren stärker zugenommen als in jedem anderen Industrieland. Gleichzeitig geht die Einkommensschere im-

mer weiter auseinander. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt, dass in diesem Zeitraum fast nur die Einkommen der Top-Verdiener gestiegen sind, während die Realeinkommen der übrigen stagnieren und bei den unteren Einkommensgruppen sogar um 15 Prozent gesunken sind. Gleichzeitig zahlen Wohlhabende heute, relativ zum Einkommen, weniger Steuern als je zuvor. Deutschland ist ein Niedrigsteuerland für Wohlhabende und Unternehmen. In dieser neuen Dimension von rapide steigender Ungleichheit liegt ein enormer sozialer Sprengstoff. Das lässt sich nicht länger verleugnen, klein reden oder als Spinnerei abtun.

Genau diese Reaktionen rief noch vor drei Jahren der Appell für eine Vermögensabgabe hervor, mit dem wir uns zu Wort meldeten. Wir – das ist eine Gruppe von wohlhabenden

StifterInnen der Bewegungsstiftung, der sich andere Vermögende angeschlossen haben. Unsere Forderung: eine einmalige Vermögensabgabe von zehn Prozent, verteilt auf zwei Jahre und danach die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Im Mai 2009 waren wir noch einsame Rufer in der Wüste. Jetzt sind wir 62 UnterzeichnerInnen, darunter einige Prominente wie die Wissenschaftler Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Hans-Joachim Schellnhuber, der Kabarettist Georg Schramm und der Linken-Politiker Diether Dehm.

Mit unserem Appell haben wir viel mediale Resonanz erhalten, gerade weil wir als Vermögende selbst von einer höheren Besteuerung betroffen wären. Wir beziehen immer wieder öffentlich Stellung, verschicken Pressemitteilungen und werden zu Talkshows eingeladen. Wir organisieren diese Arbeit zum Großteil ehrenamtlich und finanzieren Ausgaben durch Spenden aus unserem Unterstützerkreis. Außerdem versuchen wir unsere Kräfte mit anderen zu bündeln. Deshalb haben wir das Bündnis Umfairteilen mit initiiert und finanziert. Jetzt fordern wir zusammen mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und Gruppen wie Attac und Campact eine höhere Besteuerung von Vermögen, damit der Staat handlungsfähig bleibt.

Denn was ist die Alternative? Private Wohltätigkeit durch Stiften und Spenden kann den Staat nicht ersetzen. Die Daseinsvorsorge für die Bürger ist Aufgabe des Staates. Er hat eine funktionierende Infrastruktur und ein Rechtssystem, ein gutes Bildungs- und Gesundheitswesen für alle zu gewährleisten. Die USA sind ein krasses Beispiel dafür, dass private Charity einen schwachen Sozialstaat nicht auffangen kann.

Mehr Infos zum Bündnis:

www.umfairteilen.de

Wer über ein Vermögen von 500.000 Euro verfügt, kann den Appell unterzeichnen unter:

www.appell-vermoegens-abgabe.de

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Matthias Fiedler, Astrid Labbert, Dieter Lehmkühl, Ilka Schönberner **Verantwortlich:** Wiebke Johannning, johannning@bewegungsstiftung.de
Kontakt: Telefon 04231 - 957 540, Fax 04231 - 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de
Bankverbindung: Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier